

Gaunereien
Wie ein deutscher Immobilienhai in der Schweiz sein Unwesen trieb. 11

Bahnlabor
Wo früher Kartomaschinen dampften, üben heute Eisenbahner den Ernstfall. 23

Alphatiere
Wo Manager fiedeln und ein Herzchirurg posaut: das etwas andere Orchester. 29



Philippe Cornu
Er bestimmt, was am Gurtenfestival zu hören ist. Was hat er sich heuer dabei gedacht? 31

Anzeige

LAMPEN-CENTER
UETENDORF

In Sachen Licht sind wir Leuchten

Zelgstrasse 76A
3661 Uetendorf
033 345 06 04

Ein Besuch lohnt sich! www.lampen-center.ch
info@lampen-center.ch

Der Bund

AZ 3000 Bern 1

Donnerstag, 6. Juli 2017 – 168. Jahrgang, Nr. 155 – Fr. 4.– (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Heute im «Bund»

Extremismus-Studie
Saudis finanzieren Extremisten in Grossbritannien

Saudi Arabien hat laut einer Studie Islamisten in Grossbritannien in den letzten 50 Jahren mit mindestens 83,5 Milliarden Franken unterstützt. – Seite 3

Volvo
Ein Elektromotor in jedem Auto

Volvo will künftig nur noch Hybrid- und Elektroautos auf den Markt bringen. Die Benzin- und Dieselmotoren werden sich aber noch lange halten. – Seite 13

Wimbledon
Der Spagat zwischen Tradition und Expansion

Die Spieler in Weiss, die Prominenz in der Royal Box mit Krawatte: Wimbledon pflegt die Tradition. Modernisieren will man vor allem die Anlage. – Seite 17

Stadt Bern
Ein dreiwöchiges Festival im Kocherpark

Im Kocherpark findet ab Freitag während dreier Wochen das Festival Parkonia statt. Der nicht kommerzielle Anlass wurde in der kürzesten Zeit organisiert. – Seite 21

Kino
Ein Maniac des japanischen Films gibt sich die Ehre

Am Fantasy-Festival NIFFF ist Takashi Miike lautstark bejubelt worden. Der Regisseur hat seinen 101. Film präsentiert und verraten, wie er Neuenburg als Filmkulisse benutzen würde. – Seite 30

«Berner Woche»
Freiluft-Kultur und Unterwasser-Musik

Unter Wasser: Ein ertrunkenes Cello spielt in Meiringen. – Freier Himmel: Wo gibts die besten Open-Air-Festivals? – Lobbyisten-Thriller: «Miss Sloane». Am Pool: Berns neue Freiluft-Kinos. – Seiten 31-35

Meinung & Analyse

«Trump wird den Megatrend zu CO₂-armen Technologien nicht stoppen.»

Die internationalen Klimaziele seien auch ohne USA realistisch, findet Tobias Schmidt. – Seite 10

Simon Knopf über den Mörder Curtis Dawkins, der im Gefängnis ein Buch geschrieben hat. – Seite 10

Service

Meinungen/Leserbriefe – 10/27

Börse – 12

Todesanzeigen/Danksagungen – 14

Kinoprogramm – 24/35

Fernsehen & Radio – 26

Wetter – 27

Berner Kultur – 34

Bürgerliche Kritik am Sparpaket der bürgerlichen Regierung

Kürzungen bei Spitex und Schülertransporten stören Grossräte und Gemeinden.

Basil Weingartner und Adrian Schmid

Der bürgerlich dominierte Regierungsrat sieht sich bei seinen Sparplänen mit Widerstand konfrontiert – im eigenen Lager. Bürgerliche Politiker stören sich in erster Linie daran, dass einzelne Massnahmen den Kanton zwar entlasten, dafür in den Gemeinden für Mehrausgaben sorgen. Dies ist etwa bei den Spitex-Leistungen und den Schülertransporten der Fall. Wenn der Kanton Leistungen kürze, müssten die Gemeinden in die Bresche springen, heisst es beim Verband Bernischer Gemeinden.

FDP-Grossrat Peter Sommer möchte «eher nicht» bei der Spitex sparen. Diese nähme eine «sinnvolle Brückenfunktion»

zwischen der medizinischen Versorgung in den Spitälern und der Betreuung zu Hause wahr.

Wie beim letzten Sparpaket

Und SVP-Grossrat Thomas Knutti kündigt gegenüber dem «Bund» an, nicht nur die Spitex-Sparpläne bekämpfen zu wollen – sondern auch jene bei den Schülertransporten, deren Finanzierung der Regierungsrat ganz den Gemeinden überlassen möchte. «Dies trifft den ländlichen Raum. Da helfe ich nicht mit», sagt Knutti. Selbst bei der BDP ist man bereit, auf einzelne Sparmassnahmen zu verzichten. «Wenn es bessere Vorschläge gibt, prüfen wir diese», sagt Grossrat Jakob Etter. Jede Massnahme müsse aber

gleichwertig ersetzt werden, der Rahmen des 185-Millionen-Pakets dürfe nicht verändert werden.

Damit wird es wohl so wie beim letzten Sparpaket herauskommen, das 2012 beschlossen wurde. Damals kippte der Grosse Rat gegen den Willen der Regierung mehrere Massnahmen aus dem Paket. Die Kürzungen bei der Spitex, die schon damals Thema waren, wurden weitgehend gestrichen. Die Subventionen der Schülertransporte blieben unangetastet. Dafür sparte der Grosse Rat an anderen Orten.

Sparpotenzial orten die Bürgerlichen jetzt vor allem in der Verwaltung, die gemäss FDP «nur wenig» zum neuen Paket beitragen muss. – Seite 19

Ziel Europa



Foto: Ciro Fusco (EPA/Keystone)

Die Flüchtlingskrise ist zurück: Noch nie haben so viele Migranten Italien erreicht wie in den letzten Monaten. Während Rom droht, die Häfen zu sperren, gibt es zumindest in der EU mehr Konsens als vor zwei Jahren darüber, was zu tun ist. (aus) – Analyse und Berichte Seite 2

Bundesrat macht Ernst mit Lohntransparenz

Der Bundesrat will die Lohndiskriminierung von Frauen bekämpfen: Trotz Kritik in der Vernehmlassung hält er an seinem Plan fest, grössere Unternehmen dazu zu verpflichten, alle vier Jahre die Löhne zu analysieren. Weil in der SVP offenbar auch die Frauen die Vorlage ablehnen, hat die Vorlage im Parlament nur mit Unterstützung der FDP-Frauen eine Chance. (bin) – Seite 7

Die Bürgerlichen wollen die freie Arztwahl abschaffen

Gesundheitsminister Alain Berset hat gestern die Nachfolgeregelung für den 2019 auslaufenden Zulassungsstopp für Arztpraxen präsentiert. Dabei orientiert er sich weitgehend an der geltenden Regelung, die die Zulassung neuer Praxen den Kantonen überlässt. Die bürgerlichen Parteien sind damit nicht zufrieden: Berset habe eine Vorlage präsentiert, die das Par-

lament «ausdrücklich nicht mehr wollte», kritisiert etwa SVP-Nationalrat Heinz Brand, Präsident des Kassenverbandes Santésuisse. Die Bürgerlichen wollen nun die Vorlage umbauen und den heutigen Vertragszwang abschaffen. Er verpflichtet die Kassen, alle Ärzte unter Vertrag zu nehmen, die die Zulassungskriterien erfüllen. (br) – Kommentar rechts, Seite 5

Kommentar

Christoph Lenz

Es braucht eine Lockerung des Vertragszwangs

Man muss von homöopathischen Eingriffen sprechen. Mit kleinen Korrekturen im Krankenversicherungsgesetz will Innenminister Alain Berset den bis 2019 befristeten Ärztestopp ersetzen. So sollen Ärzte zum Besuch von Bildungsprogrammen und zur Teilnahme an Qualitätsmassnahmen und Wissenstests verpflichtet werden. Damit will der Bundesrat nicht zuletzt ausländischen Spezialisten die Lust vergällen, in der Schweiz eine Zulassung zu beantragen. Weiter möchte der Innenminister die Kantone dauerhaft in die Zulassungssteuerung einbinden. Sie sollen künftig selbstständig entscheiden, wie viele Ärzte eines Fachgebiets es in ihrem Territorium braucht.

Ob das wirkt? Ob dieses gesundheitspolitische Feintuning den allgemeinen Kostenschub spürbar bremsen kann? Es ist zu bezweifeln. Echte Remedur wäre, soweit Gesundheitsexperten zu glauben ist, nur durch eine Lockerung des Vertragszwangs zu erreichen. Krankenkassen müssten also von der Verpflichtung befreit werden, auch die ineffizienten und überzähligen Ärzte zu bezahlen.

Gesundheitsminister Alain Berset hat diesen Schritt letztes Jahr zwar geprüft, aber leider verworfen. Nicht aus fachlichen, sondern aus politischen Überlegungen. Sein Zögern rechtfertigte er gestern denn auch damit, dass das Volk überdeutlich gegen die Lockerung des Vertragszwangs und für die freie Arztwahl votierte. Auch heute wäre damit keine Mehrheit zu gewinnen.

Allerdings sind seit dem Nein zur Managed-Care-Vorlage, der ersten Abstimmungsniederlage in der Karriere von Bundesrat Berset, über fünf Jahre vergangen. Nicht nur die Krankenkassenprämien sind in dieser Zeit weiter gestiegen. Auch die medizinische Landschaft hat sich verändert. Immer mehr Bürger besuchen Ärztezentren und machen die Erfahrung, dass es nebst dem primären Arzt des Vertrauens auch noch weitere fähige und zuverlässige Mediziner gibt.

Zu oft hat die Politik im Gesundheitswesen nur das Machbare getan, zu selten das Richtige. Innenminister Berset setzt diese Tradition fort. Das ist bedauerlich.

Berns Altstadt ist Shopping-Mall

Wie sieht Berns Altstadt künftig aus? Das fragt der «Bund» zum Abschluss der Serie. Zwei weltweit tätige Experten skizzieren Trends, die im Ausland bereits zu sehen sind. Der Ladenmix werde sich stark verändern, sagen sie, doch Bern habe eine grosse Stärke: Was moderne Malls künstlich zu erzeugen versuchten, habe die Altstadt schon: ein stimmvolles Ambiente. (mdü) – Seite 21

Heute mit «Mietmarkt»
Seite 21

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11 Fax 031 330 36 86 Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: insertate@derbund.ch Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalтариф), Mail: abo@derbund.ch



Bern

Wie sind Crashes zu verhindern?
Der Mann, der in Deisswil Lokführer
in Simulatoren fahren lässt. 23



Bei der Spitex drohen «Härtefälle»

Der Spitex-Verband warnt aufgrund der Sparmassnahmen des Kantons Bern vor Problemen. Selbst der Kanton schliesst solche nicht aus. In den Gemeinden fürchtet man, künftig «doppelt bezahlen» zu müssen.

Basil Weingartner

Die Sparpläne im Bereich der Spitex kommen schlecht an. Bei den betroffenen Organisationen ebenso wenig wie in der Politik und in den Gemeinden. «Wir bekommen deswegen mittelfristig ein Problem», sagt Eva Desarzens. Die ehemalige FDP-Grossrätin und Fastregierungsrätin ist heute Präsidentin des bernischen Spitex-Verbands.

Am letzten Freitag hat der Regierungsrat sein Sparpaket vorgestellt. Jährlich sollen so 185 Millionen Franken eingespart werden. Einer der

«Die Spitex gehört zu den besten Organisationen.»

Thomas Knutti, Grossrat SVP

grössten Brocken entfällt auf den Be-tagtenbereich. 23 Millionen wollen die Regierung und Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) bei der Spitex einsparen.

Kanton ist anderer Meinung

Desarzens stört sich an der mangelhaften Kommunikation des Kantons. «Wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und nur unzureichend informiert.» Vor allem aber kritisiert Desarzens die geplanten Kürzungen im Bereich der Grundvergütung. Die öffentlichen Spitex-Anbieter erhalten diese als Gegenleistung für ihre Versorgungspflicht. Anders als private Spitex-Organisationen sind die selbstständige kommunale Spitex-Anbieter verpflichtet, alle Aufträge anzunehmen - also auch jene, die sich wirtschaftlich nicht lohnen. Solche Fälle nähmen zu, sagt Desarzens. Bisher erhalte die Spitex dafür jährlich 16 Millionen Franken. Geht es nach der Regierung, erhalten die Spitex-Anbieter künftig nur noch die Hälfte davon.

Der Kanton führt die Zunahme an privaten Spitex-Unternehmen als Grund für



Bei vielen Personen, die von der Spitex abhängig sind, dürfte der Blutdruck letzten Freitag gestiegen sein. Foto: Gaetan Bally (Keystone)

die Kürzungen an. Durch die neue Konkurrenz sei die flächendeckende Versorgung gewährleistet, sagt der Sprecher der kantonalen Gesundheitsdirektion. «Aufgrund der Veränderungen in der Versorgungslandschaft erscheinen die vorgeschlagenen Einsparungen als zumutbar.»

Bei der Spitex sieht man das Ganze genau umgekehrt: Die neuen privaten Konkurrenten übernehmen vorwiegend die profitablen Fälle, so Desarzens. Man selbst müsse die anderen aufgrund der Versorgungspflicht abdecken. «Wir sind deshalb auf den Sockelbetrag angewiesen», sagt die Spitex-Präsidentin.

Als Folge davon würden die Spitex-Anbieter in die roten Zahlen rutschen, sagt Spitex-Verband-Geschäftsführer Jürg Schläfli. Das sei keineswegs Schwarzmalerei. Es treffe zwar zu, dass

einzelne Regionalorganisationen Gewinn erzielen. Im Durchschnitt betrage dieser aber nur zwei Prozent. Das sei viel zu wenig, um die aus unternehmerischer Sicht benötigte Eigenkapitaldecke zu erreichen.

Man sei sich «bewusst, dass die Umsetzung dieser Sparmassnahme für die Spitex-Organisationen eine Herausforderung darstellt», teilt die Gesundheitsdirektion mit. Es könne nicht «ausgeschlossen werden», dass es zu «einzelnen Härtefällen» komme.

Schläfli wirft der Regierung vor, widersprüchlich zu handeln: Man habe die Organisationen in die unternehmerische Freiheit entlassen. Nun wolle man diese aber aktiv daran hindern, die für die Zukunft notwendigen Gewinne zu erarbeiten. Damit werde ihnen die

Basis für die Weiterentwicklung entzogen. Das stehe im kompletten Widerspruch zum Altersbericht und zur demografischen Entwicklung.

Der Spitex-Mann erhält Unterstützung aus der Politik: von links, aus der Mitte - aber auch aus Schneggs eigener Partei. «Die Spitex gehört zu den besten Organisationen», sagt SVP-Grossrat Thomas Knutti. Sie ermöglicht, dass ältere Menschen lange zu Hause bleiben können. «Wenn sie ins Altersheim müssen, kommt dies dem Staat teurer zu stehen.» Knutti kann die Sparvorschläge deshalb «nicht nachvollziehen».

Gemeinden sind Verlierer

Unzufrieden mit den Spitex-Plänen der Regierung ist man auch in den Gemeinden. Diese fürchten sich vor Mehrbe-

Umlagern statt sparen

Aus dreizehn Millionen werden vier

Auch die zweite Sparmassnahme im Bereich der Spitex ist umstritten. Diese sieht vor, dass sich künftig alle Spitex-Patienten mit einer Tagespauschale an den Kosten beteiligen müssen. Bisher mussten dies nur die Bessersituierten tun. Damit will der Kanton jährlich 13 Millionen Franken einsparen. So steht es im offiziellen 130-seitigen Bericht der Regierung. Doch Recherchen des «Bund» zeigen, dass der grosse Teil davon einzig innerhalb des Kantons umgelagert wird: von der Gesundheits- und Fürsorge- (GEF) in die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK). Der Grund: Die meisten der alten Menschen sind auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen. Wenn sie mehr für die Spitex bezahlen müssen, steigen auch ihre EL. Und damit auch die EL-Ausgaben des Kantons. Man gehe davon aus, dass den 13 Millionen Franken Minderausgaben bei der Spitex Mehrausgaben von 9 Millionen in der EL entgegenstehen, teilt JGK-Vorsteher Christoph Neuhaus (SVP) mit. Von den 9 Millionen müsste der Kanton 8,1 Millionen übernehmen. Dagegen müssten die Gemeinden zusätzlich 900 000 Franken über den Lastenausgleich berappen. Das erstaunt, denn in der Botschaft der Regierung sind die Mehrkosten für die Gemeinden mit null Franken ausgewiesen. Man werde dies später präzisieren, heisst es aus der Gesundheitsdirektion. Klar ist: Anstatt 13 werden nur 4 Millionen eingespart. (bwg)

lastungen, wie Bernhard Antener, Gemeindepräsident von Langnau (SP) und Vizepräsident des Gemeindeverbands auf Anfrage sagt. «Wenn der Kanton Leistungen kürzt, stehen die Gemeinden in der Pflicht, in die Bresche zu springen.» Das sei umso ärgerlicher, weil man diese Leistungen dann doppelt zahle. Denn als die zuvor in Gemeindeverbänden organisierte Spitex ausgelagert wurde, wechselte die Verantwortung zum Kanton. Die Leistungen, welche die Gemeinden zuvor direkt bezahlten, wird ihnen seither in gleicher Höhe über den Lastenausgleich in Rechnung gestellt. Jahr für Jahr. Das bleibt auch so, wenn der Kanton ebendiese Leistungen wegspart. Der politische Widerstand der Gemeinden ist deshalb sicher.

Schülertransporte

Diemtigen fühlt sich verschaukelt

Schulbusse sollen nicht mehr mit Kantongeldern unterstützt werden, findet der Regierungsrat. Den Gemeinden passt das nicht.

Adrian Schmid

Als «verheerend» bezeichnet der Diemtiger Gemeinderatspräsident Martin Widmer (SVP) den Plan: Der Regierungsrat schlägt im letzte Woche präsentierten Sparpaket vor, dass sich der Kanton aus der Finanzierung von Schülertransporten zurückziehen soll. 4,5 Millionen Franken kann der Kanton dadurch pro Jahr sparen. Die Gemeinden sollen künftige die Transporte selbst bezahlen.

Im Diemtigtal sind jeden Tag fünf Busse im Einsatz, um die Kinder in die Schulhäuser zu fahren. Die Transportkosten belaufen sich jährlich auf 285 000 Franken, der Kanton übernimmt fast alles. Die Gemeinde hat die Schulstandorte von acht auf zwei reduziert. Eben erst wurde in Horboden ein neues Schulhaus für mehrere Millionen Franken gebaut. «Wir wurden vom Kanton mit dem Argument geködert, dass wir einen Beitrag an die Schülertransporte erhalten», sagt Widmer. Er hofft darauf, dass der

Grosse Rat die Sparmassnahme ablehnen wird. Der Kantonsbeitrag an den Schülertransport entspricht in Diemtigen 1,5 Steuerzehntel.

Bolligen und Wohlens betroffen

Das Sparen bei den Schülertransporten ist im Kanton Bern schon fast ein Dauerthema. Ende der 1990er-Jahre zog sich der Kanton aus der Finanzierung zurück. Ab 2008 bezahlte der Kanton wieder Beiträge. Beim letzten grossen Sparpaket, das 2012 geschnürt wurde, wollte der Regierungsrat die Gelder für Schülertransporte erneut kippen. Der Grosse Rat sprach sich aber dagegen aus - weil auch viele Bürgerliche in diesem Bereich nicht sparen wollten.

Derzeit erhalten rund 150 Gemeinden für die Schülertransporte einen Beitrag des Kantons. Dieser unterstützt, wenn der Schulweg für mehr als 10 Prozent der Kinder «unzumutbar» ist. Grundsätzlich gilt, dass ein Kind mit eigenen Kräften das Schulhaus oder den Kindergarten erreichen muss. Die Zumutbarkeit hängt nicht nur vom Alter des Kindes ab. Kriterien sind auch, wie lang, wie steil und wie gefährlich der Weg ist. Im Einzelfall entscheidet die Gemeinde, ob der Schulweg einem Kind zugemutet werden kann. Die meisten Kommunen, die einen Beitrag vom Kanton erhalten,

befinden sich auf dem Land. Die Stadt Bern etwa erhält keine Subventionen des Kantons für Schülertransporte - dafür aber Bolligen und Wohlens (siehe Tabelle).

Die Sparpläne stossen bei Wohlens Gemeindepräsident Bänz Müller (SP plus) ebenfalls auf Ablehnung. «Da spart der Kanton auf dem Buckel der Gemeinden», sagt er. In Wohlens werden an Schüler, die auf Einzelhöfen oder in Weilern wohnen, Beiträge an das Postautobillet bezahlt - oder die Eltern erhalten eine Kilometerentschädigung, weil sie

ihre Kinder selbst zur Schule fahren. Kritisch hat sich auch schon der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) geäussert. Die Gemeinden seien verpflichtet, die Schüler bei gegebenen Voraussetzungen zu transportieren, heisst es in einer VBG-Mitteilung. Diese Kosten könnten daher nicht vermieden werden. «Was beim Kanton wegfällt, kommt bei den Gemeinden hinzu.» Der VBG spricht deshalb von einem «Nullsummenspiel».

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) räumt ein, dass die Sparmassnahme bei den Schülertransporten weh-

täten. Sie seien aber «vertretbar». Nach zahlreichen Sparprogrammen sei es schwierig, neue Vorschläge zu machen. Pulver sagt, das Sparpaket habe das Ziel, möglichst wenig Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler abzubauen. Bei den Transporten seien Schüler, Studierende oder Stipendienbezüger nicht direkt betroffen - die Massnahme trifft in der Tat vielmehr die Gemeinden. Durch «zahlreiche andere Massnahmen» im Paket würden die Gemeinden im Gegenzug entlastet. «Deshalb ist die Zusatzbelastung bei den Schülertransporten vertretbar», sagt Pulver. Er betont zudem, dass auch die Gemeinden von Schulschliessungen profitierten, weil sie sich an der Finanzierung der Volksschule beteiligten.

Widerstand aus der SVP

Trotzdem ist es fraglich, ob der Grosse Rat das Sparen bei den Schülertransporten dieses Mal gutheissen wird. Nicht nur Rot-Grün spricht sich dagegen aus, sondern auch das bürgerliche Lager. «Bei den Schülertransporten zu sparen ist gegen Treu und Glauben», sagt der Oberländer SVP-Grossrat Thomas Knutti. «Das trifft den ländlichen Raum. Da helfe ich nicht mit.» Knutti verlangt, dass stattdessen an einem anderen Ort gespart wird - etwa bei den oberen Kaderleuten in der Verwaltung.



Kinder aus Saxeten fahren mit dem Bus zur Schule. Foto: Archiv

Schülertransporte

Kosten in ausgewählten Gemeinden

	Ausgaben in Fr.	Beitrag Kanton in Fr.
Stadt Bern	76000	0
Ostermundigen	0	0
Zollikofen	4300	0
Worb	121900	0
Wohlens	76700	23100
Bolligen	110200	36800
Diemtigen	285000	266200
Guggisberg	424000	212000

Quelle: Angaben der Gemeinden